

ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN

ENDRESÜMEE: AUSSENPOLITIK UND NATIONSBILDUNG IM ÖSTLICHEN EUROPA IM 20. JAHRHUNDERT

Es war das weiße Pferd, das den Zuschauern am 16. November 1919 die Botschaft des Reiters vermittelte: Ungarn war wieder eine Monarchie. Miklós Horthy, der Befehlshaber der ungarischen Armee, hatte ganz bewusst auf die Symbolik des ungarischen Königtums gesetzt, als er am 16. November auf einem weißen Hengst in Budapest einritt, um seinen Anspruch auf die Wiederherstellung der inneren Ordnung nach einem kommunistischen Umsturz und inmitten europäischer Isolation zu vermitteln. Bereits Árpád, mittelalterlicher Warlord und Staatsgründer, habe die Landnahme Ungarns auf einem Schimmel erkämpft, so der Gründungsmythos des Landes, den der langjährige König, Franz Joseph I. auf seiner Krönung im Juni 1867 eindrucksvoll neu inszeniert hatte. Franz Joseph war auf einem weißen Hengst auf den Budapester Krönungshügel galoppiert, hatte das Stephansschwert in alle vier Himmelsrichtungen geschwungen, um seine Herrschaft über das gesamte Land zu markieren, und war von den Massen mit einem *éjen*-Schrei gleichsam inthronisiert worden.¹

Als der ungarische Admiral Horthy am 16. November 1919 nach Budapest einritt, gab es dieses Territorium nicht mehr und der König war im Exil. Gleichzeitig waren die USA, Großbritannien und Frankreich auf der Pariser Friedenskonferenz dabei, den Umfang Ungarns dramatisch zu verringern und einen „cordon sanitaire“ um das Land zu ziehen, das wenige Wochen zuvor noch eine sozialistische Räterepublik gewesen war. Angesichts dieser außenpolitischen Lage legten Horthy und seine „weißen“ Truppen alle Kraft in die monarchische Symbolik. Ein weißes Pferd,

¹ Vgl. ALICE FREIFELD, *Nationalism and the Crowd in Liberal Hungary, 1848–1914*, Washington 2000.

das auch Franz Joseph 1867 geritten hatte, unterstrich das Bild einer „Monarchie ohne formellen Monarchen“, die nur deshalb außenpolitisch isoliert sei, weil ungarische Kommunisten eine bolschewistische Diktatur errichtet hatten.² Kaum in Budapest angekommen und vom Pferd gestiegen, warf Miklós Horthy in seiner ersten Rede der städtischen Gesellschaft inneren Verrat vor:

„Diese Stadt hat ihre tausendjährige Tradition verleugnet, sie hat die Heilige Krone und die Nationalfarben in den Dreck gezogen, sie hat sich in rote Lumpen gekleidet. Die Besten der Nation hat sie in Verliese verbannt oder ins Exil getrieben.“³

Zu diesem Zeitpunkt stand Ungarn auf dem Höhepunkt internationaler Isolation. Wilson und die amerikanische Delegation hatten Paris bereits verlassen, die ungarischen Delegierten kaum Gehör gefunden, und die wesentlichen Entscheidungen über die neuen Grenzen Ostmitteleuropas waren gefällt. Die ungarischen Militärs und Politiker aktualisierten genau dann monarchische Symbolbestände, formulierten innenpolitische Feindbilder und griffen zu ethnischen Nationskonzepten, als ihre äußere Lage desaströs schien. Horthys Einzug in Budapest am 16. November 1919 ist ein Beispiel dafür, wie sehr die äußeren Entwicklungen im östlichen Europa innere Nationsbildungsprozesse prägten und wie diese wiederum auf die internationale Politik zurückwirkten.

Dieser Band stellt ein breites Spektrum unterschiedlicher Fälle zusammen, die dieses Spannungsverhältnis beleuchten. Die Beiträge sind in drei Zeitphasen gegliedert, welche die Brüche und Kontinuitäten staatlicher Ordnung in Osteuropa widerspiegeln. Bereits in dieser Chronologie wird die enge Wechselwirkung von Außenpolitik und Nationsbildung deutlich, die sich durch das ganze 20. Jahrhundert zieht. Die Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1945, das Thema des ersten Abschnitts, war von erheblichen territorialen und gesellschaftlichen Brüchen nach innen geprägt, auf die viele Regierungen mit revisionistischen Konzepten nach außen reagierten, wie Andreas Kappeler in seinem Beitrag untersteicht. Die Beiträge des zweiten Abschnitts spannen die Jahrzehnte der sowjetischen Vorherrschaft 1945 bis 1989 auf, in denen das Deutungsmuster der Nation keineswegs tot war. Vielmehr machten kommunistische Politiker

² JÖRN LEONHARD, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018, S. 1074, dort auch das folgende Zitat Horthys.

³ Vgl. THOMAS SAKMYSTER, *Hungary's Admiral on Horseback. Miklos Horthy 1918–1944*, Boulder 1990.

immer wieder Anleihen bei ethnonationalistischen Traditionen und die Nation blieb ein Referenzpunkt der jeweiligen außenpolitischen Positionierung im Halbschatten des sowjetischen Orbits. Besonders deutlich vermitteln schließlich die Beiträge des dritten Abschnitts, der die Transformationsphase von 1989 bis heute beleuchtet, die Wechselwirkung von Außenpolitik und Nationsbildung. In allen 1989/91 neu oder wiedergegründeten Ländern des östlichen Europas spielten nationale Identitätswürfe eine zentrale Rolle für die Staatsbildung und wirkten dadurch direkt und oft konfliktiv auf die neue Außenpolitik ein, die ihrerseits meist das Ziel einer Integration in den Westen verfolgte.

Die Relevanz der Leitfrage nach dem Spannungsverhältnis von *nation-building*, konfligierenden Konstruktionen nationaler Identität und Außenpolitik ist offensichtlich. Klassische Ansätze der Politikwissenschaft und der internationalen Beziehungen gehen häufig von Staaten als überwiegend „rationalen Akteuren“ aus und reduzieren „nationale Interessen“ auf das Aushandeln von Machtpositionen im Feld geopolitischer „Realitäten“. Dabei spielen „Identitäten“ eine marginale Rolle und gehören gemeinhin nicht zum Erklärungsmuster der äußeren Politik oder der internationalen Beziehungen.⁴ Daher können solche theoretischen Annahmen auch kaum erklären, warum kulturelle Faktoren wie Ethnizität, Geschichtspolitik oder Sprache im östlichen Europa eine so enorme Wirkung auf Staatsbildung und Außenpolitik ausüben. Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass herkömmliche Vorstellungen, was „rationales Handeln“ ist, an der Verflechtung und Wechselwirkung außenpolitischer Positionierung und innerer Nationsbildung im östlichen Europa oft vorbeigehen. Mithin unterstreichen sie die Diskrepanz zwischen theoretischen, häufig an westlichen Politikmustern orientierten Modellen und den empirischen Entwicklungen im Osten Europas. Die Notwendigkeit, kulturelle Dimensionen von *nation-building* stärker in das Spektrum jener Faktoren zu integrieren, die zur äußeren Positionierung beitrugen, liegt daher auf der Hand.

Die erhebliche Bandbreite der Beiträge, auch in ihrer methodischen Varianz, lässt abschließend eine Herausstellung zentraler Faktoren sinnvoll erscheinen, die das Spannungsverhältnis zwischen *nation-building* und Außenpolitik präzise bestimmen und erklären können. Diesem Schlussplädoyer geht es darum, übergreifende, historische Kategorien zu entfalten, die geeignet sind, ein variables Instrumentarium zu entwickeln, mit dem sich die Frage nach der Wechselwirkung von nationalen Selbstbil-

⁴ FRANK SCHIMMELFENNIG, Internationale Politik, Paderborn ⁵2017.

dern und Praktiken und äußerer Politik differenzierter beantworten lässt. Welche historischen Kategorien, die sich durch das Gros der Beiträge ziehen, entfalten angesichts der vielen Brüche im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts besondere Erklärungskraft? Wie verändern sich diese Kategorien unter wechselnden Bedingungen staatlicher Herrschaft im 20. Jahrhundert? Und welche neuen, bislang wenig angesprochenen Konzepte müssen wir in dieses Instrumentarium integrieren, die eine auf den Kalten Krieg und den Ost-West-Gegensatz fokussierte Osteuropawissenschaft vielleicht bislang außer Acht gelassen hat?

* * *

Für alle Staaten und Gesellschaften des östlichen Europas spielen, erstens, die *imperial legacies* eine zentrale Rolle. Die sichtbarsten Folgen der Auflösung der kontinentalen Empires zwischen 1917 und 1923 waren die territoriale Sezession und politische Teilung großer multiethnischer Konglomerate in eine Vielzahl kleiner Einheiten. Für sie war das europäische Modell des vermeintlich homogenen Nationalstaates immer wieder maßgeblich, wenn auch in unterschiedlicher Weise, wie der Sonderfall der Sowjetunion unterstreicht. Zunächst betonten die Protagonisten der Nachfolgestaaten den Bruch mit der imperialen Vergangenheit, um den neuen Staaten und ihren eigenen Interessen Legitimität zu verleihen.

Die kurzfristige Umwandlung Ungarns in eine Sowjetrepublik 1919, auf die Admiral Horthy im November 1919 mit der Restitution monarchischer Symbole reagierte, war ein radikaler Kulminationspunkt dieser Tendenz. Vor allem in der Sowjetunion stellte die Enteignung des Landes, der Austausch der Eliten und ein völlig neues politisches System mit partieller Berücksichtigung der ethnischen Großgruppen eine tiefgreifende Zäsur dar, die zunächst kaum Kontinuität erkennen ließ. Diese zeitgenössische Haltung schlug sich auch in den nationalen Historiografien der Nachfolgesellschaften nieder und hat sich zum Teil bis in die Gegenwart erhalten.⁵

Doch mit dem Zerfall der drei kontinentalen Empires im östlichen und südöstlichen Europa war die Wirkmächtigkeit imperialer Erfahrungs-

⁵ Vgl. Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band XII: Bewältigte Vergangenheit? Die nationale und internationale Historiographie zum Untergang der Habsburgermonarchie als ideelle Grundlage für die Neuordnung Europas, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 2018.

bestände keinesfalls beendet. Vielmehr standen in den rund 20 Nachfolgestaaten, die aus dem Zarenreich, der Habsburgermonarchie und dem Osmanischen Reich hervorgingen, eine Vielfalt von politischen Modellen, Sozialverfassungen und soziokulturellen Leitbildern zur Verfügung, auf die in unterschiedlichster Weise zurückgegriffen wurde. Gerade für die Neupositionierung im System der internationalen Beziehungen spielte der Traditionsbestand „Empire“ eine entscheidende Rolle. Trotz der innenpolitischen Brüche mit der imperialen Vergangenheit machte die Entente neben Deutschland auch Österreich und Ungarn nach 1918 außenpolitisch für den Beginn des Weltkriegs verantwortlich, während die anderen Nachfolgestaaten einen privilegierten Status als „Opfer“ genossen. Auch griff das ungarische Horthy-Regime außenpolitisch auf bestimmte Elemente der imperialen Vergangenheit zurück, als es galt, die internationale Isolation zu überwinden – ein Muster, das sich in den 1920er Jahren auch in der Sowjetunion und in der Türkei beobachten ließ. Welche Bestandteile der imperialen Außenpolitik boten sich als Anknüpfungspunkte an? Welche Bedeutung hat das imperiale Erbe bei der Definition geopolitischer Einflussphären? Und wie wirkten die multiethnischen Traditionen der Imperien auf die Realisierung des angestrebten homogenen Nationalstaats nach innen zurück?⁶

Für Polen macht Bianka Pietrow-Ennker in ihrem Beitrag die treibende Rolle der vormodernen Raumkonzepte Polen-Litauens deutlich, welche die polnische Delegation in Versailles 1919 zur Grundlage ihrer Vorstellungen über die neuen Grenzziehungen machte. Das Ziel, die Grenze des neuen Staates weit nach Westen und Osten vorzuschieben und sich damit der historischen Größe des ehemaligen polnisch-litauischen Reichs anzunähern, ließ sich außenpolitisch nicht durchsetzen, provozierte Auseinandersetzungen mit den Nachbarstaaten und förderte die Exklusion sowie die Assimilierung der ansässigen Minderheiten, besonders der sozialen Großgruppen der Deutschen und der Ukrainer. Genau diese Vermischung von Außen- und Innenpolitik, die Jan Kusber in seinem

⁶ Vgl. JOHN SWANSON, *The Remnants of the Habsburg Monarchy. The Shaping of Modern Austria and Hungary 1918–1922*, Boulder 2001; *Ottoman Past and Today's Turkey*, hg. v. KEMAL KARPAT, Leiden 2000; MICHAEL MEEKER, *A Nation of Empire. The Ottoman Legacy of Turkish Modernity*, Berkeley 2002; *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, hg. v. KAREN BARKEY / MARK VON HAGEN, Colorado 1997; ERIC LOHR, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign Against Enemy Aliens During World War I*, Cambridge 2003; *The Oxford Handbook of the End of Empire*, hg. v. MARTIN THOMAS / ANDREW THOMPSON, Oxford 2018.

Zwischenfazit anspricht, geht in vielen Fällen auf historische Traditionsbezüge und das imperiale Erbe zurück. Besonders offensichtlich zeigt dies erneut der ungarische Fall. Außenpolitisch war Ungarn erst als Mitverantwortlicher für den Weltkrieg gebrandmarkt, 1919 als Katalysator einer „roten Republik“ weitgehend isoliert und musste schließlich dramatische Verluste seines Territoriums hinnehmen. Das Land verlor durch die neuen Grenzen 70 Prozent seines früheren Umfangs und 60 Prozent seiner Bevölkerung, wovon 30 Prozent Magyaren waren.⁷ Der ständige außenpolitische Rekurs auf die organische Einheit der ehemaligen Stephanskronen wirkte massiv auf die Innenpolitik des neuen Rumpfstaats zurück. Je isolierter der Nachfolgestaat außenpolitisch war, desto mehr knüpfte das Regime an die homogenisierende Nationalitätenpolitik der magyarischen Aristokratie seit den 1880er Jahren an.

Auch die Sowjetunion reproduzierte in den 1920er und vor allem in den 1930er Jahren imperiale Muster in neuer Form. Das galt lange für die außenpolitische Positionierung gegenüber Mittel- und Südosteuropa, aber auch für die Verstärkung der Macht des Moskauer Zentrums gegenüber den einzelnen Sowjetrepubliken. Auch nach 1945 wirkten *imperial legacies* aus dem Zarenreich auf die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion ein, wie Jan C. Behrends Beitrag deutlich macht. Eine sowjetische Nationalitätenpolitik, die kulturellem *nation-building* Raum gab, gleichzeitig aber ethnische und religiöse Minderheiten massiv diskriminierte, steht durchaus in der Tradition des späten Zarenreichs. Hier weiterzudenken und die imperiale Grundierung des postimperialen östlichen Europa stärker herauszupräparieren, erscheint notwendig, um die gegenseitige Bedingtheit von Außenpolitik und innerer Nationalitätenpolitik klarer bestimmen zu können.

Eine wesentliche Rolle für dieses Verhältnis spielt, zweitens, *Ethnizität*. Ethnizität verstehen wir heute als Resultat eines Prozesses, mit dem Differenz hergestellt wird. Was diese Differenz markieren kann, ist vielfältig, zumeist sind es Rekurse auf Kultur, Sprache, Territorium, Vergangenheit oder Religion. Welche Kriterien zur Kennzeichnung von Unterschiedlichkeit herangezogen wurden, ist immer situativ, wandelbar und der Aushandlung mit anderen Akteuren unterworfen. Ob Ethnizität als situativer Handlungsmodus überhaupt wirksam werden kann, entscheidet sich oft daran, ob sie von den Mitgliedern der Gruppe, die sie markieren, als ebenso erkennbare und definierbare Zugehörigkeit anerkannt wird wie

⁷ SWANSON, The Remnants of the Habsburg Monarchy, S. 189.

von jenen, die nicht dazu gehören.⁸ Ethnizität erweist sich in den Beiträgen dieses Bandes durchgehend als so zentral, weil die faktische Multiethnizität, die fast alle Nachfolgestaaten aus dem imperialen Fundus 1918 übernahmen, quer zum Konzept eines homogenen Nationalstaats stand, den sie rhetorisch beanspruchten. Zugleich nutzten alle politischen Akteure Ethnizität gleichsam als Modul zur Herstellung nationaler Identität, das viele Bausteine situativ zu verbinden vermochte. Die Bedeutung, welche die Eliten der Nachfolgestaaten diesem Faktor zumessen, blieb das ganze 20. Jahrhundert hindurch zentral und erlebte nach dem Zerfall der Sowjetunion eine Renaissance. Unterschiedliche Konstellationen bewirkten unterschiedliche Ausformungen von Ethnizität, die sich radikalisieren und dann in Massengewalt, Zwangsmigration oder Bürgerkriegen niederschlagen,⁹ die aber auch mit nationaler Indifferenz einhergehen konnten, was außenpolitische Entwicklungen ebenso präjudizierte.

Wie sehr die außenpolitische Navigationsfähigkeit unter einer Radikalisierung ethnischer Nationsvorstellungen leiden konnte, zeigte sich im Litauen der Zwischenkriegszeit besonders deutlich. Der Verlust von Vilnius, welches die Litauer als neue Hauptstadt beanspruchten, an Polen 1920 provozierte einen formalen „Kriegszustand“ zwischen Litauen und Polen, der dazu führte, dass die Grenze zwischen beiden Ländern nahezu während der gesamten Zwischenkriegszeit geschlossen blieb. Die weitgehende außenpolitische Isolierung des neu gegründeten Staates stachelte revanchistische Bewegungen innerhalb der Gesellschaft an, gab völkischen Konzeptionen neue Legitimität und führte zu gesellschaftlichen und teils rechtlichen Ausgrenzungen vor allem polnischer Bevölkerungsgruppen. Die außenpolitische Konstellation, wie Malte Rolf überzeugend erklärt, trug zu einer Radikalisierung innenpolitischer Nationsvorstellungen bei, die in der Vereinigung der „Eisernen Wölfe“ einen Höhepunkt fand.

Auch das neugegründete Königreich Jugoslawien war zwischen 1918 und 1941 mit der Wucht der serbischen und kroatischen Nationalismen konfrontiert, deren ethnische Grundierung die multinationale Staatsform des neuen Königreichs zunehmend bedrohte. Mit dem Verweis auf die „dreinamige“ Nation hatte der jugoslawische König Aleksandar I. Serben, Kroaten und Slowenen ein Integrationsangebot im Namen der Nation

⁸ Vgl. dazu HANS PETER HAHN, *Ethnologie. Eine Einführung*, Berlin 2013, S. 40–60; THOMAS HYLLAND ERIKSEN, *Ethnicity and Nationalism. Anthropological Perspectives*, London 2010; ROGERS BRUBAKER, *Grounds for Difference*, Cambridge 2015.

⁹ ROBERT GERWARTH, *Die Besiegten. Das blutige Ende des Ersten Weltkriegs*, München 2017.

machen wollen, das durchaus in der imperialen Tradition des österreichischen Vielvölkerstaates stand. Doch Teile der kroatischen Bevölkerung weigerten sich, ihre Nation auf einer gemeinsamen Sprache, dem Serbokroatischen, aufzubauen und definierten ihr Selbstbild ethnisch, indem sie Abstammungsmythen, mittelalterliche Geschichtsbilder und religiöse Bezüge mischten. Im Zweiten Weltkrieg ließ sich ein solches Nationskonzept besonders leicht radikalisieren und führte zu einer kurzlebigen Zusammenarbeit kroatischer Ultranationalisten mit den nationalsozialistischen deutschen Besatzern.

Ebenso können auch Grenzen ethnischer Mobilisierung außenpolitische Konstellationen mit erklären. Diese Entwicklung zeigt Christoph Mick für die Ukraine auf. Hier war eine ethnisch grundierte, nationalistische Innenpolitik, die konservative Gruppen zwischen 1918 und 1922 betrieben, für die Mehrheit der Ukrainer wenig attraktiv, da sie vor allem Landzuteilung und Kontrolle über ihre agrarischen Produkte verlangte. Gegen die *Bolševiki*, die genau das versprachen, ließen sich die ukrainischen Bauern daher nicht mobilisieren. Nationale Indifferenz oder situative Nationsbildung stellte hier einen von mehreren Erklärungsfaktoren dar, weshalb es in der Ukraine nach 1918 nicht zur Gründung eines eigenen Staats, sondern zur Inkorporation in die UdSSR kam.

Die durchgängige Relevanz ethnischer Faktoren für die Wechselwirkung zwischen *nation-building* und Außenpolitik tritt eindrucksvoll auch in Florian Peters Beschreibung des staatssozialistischen Polens im 20. Jahrhundert zutage. Seine Analyse der Spannung zwischen polnischer Nation und sozialistischem Staat lässt sich geradezu als Aufruf lesen, die engen Bezüge zwischen Ethnizität und Kommunismus neu zu beleuchten. Durch ethnische Gewaltexzesse, Vertreibung und Zwangsumsiedlung war das Nachkriegspolen dem Modell westeuropäischer Nationalstaaten näher gerückt. Gerade diese ethnische Homogenisierung betrachteten die polnischen Kommunisten als Verwirklichung einer Vision, von der Generationen geträumt hätten, so General Wojciech Jaruzelski noch im Jahr 1985. Ein ethnisch definierter Nationalismus, den Roman Dmowski bereits seit den 1880er Jahren propagiert hatte, passte auch den moskau-treuen Kommunisten nach 1945 am besten in ihr geostrategisches Konzept. Es war historisch primär gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet und konnte die Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion durch den Verweis auf den „westdeutschen Militarismus“ ideal legitimieren. Ethnische Homogenisierung nach innen und außenpolitisches Konfliktverhältnis mit Deutschland wurden zwei Seiten derselben Medaille.

Diese Beispiele verweisen auf die Notwendigkeit, Ethnizität nicht als statische Größe zu sehen, sondern als einen situativen Handlungsmodus, der sehr unterschiedlich ausgeprägt sein konnte und wie ein Modul die Zusammenfügung jeweils passender Bausteine erlaubte. In Litauen oder im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit wie auch im Nachkriegspolen ließen sich mit ethnischen Markierungen und Nationskonzepten Massen mobilisieren, in der Ukraine hingegen waren nationale Ziele für große Teile der Bevölkerung deutlich weniger attraktiv als das Versprechen sozialer und agrarischer Verbesserung. Nationale Indifferenz hat Pieter Judson bereits für die Habsburgermonarchie als wirkmächtigen Faktor in die Diskussion gebracht, um das *catch-all*-Schlagwort von der Nationalisierung des Reichs zu überprüfen und zu modifizieren.¹⁰ Die Gesellschaften des östlichen Europas auf die Grenzen und auf die Situativität nationaler Selbstbilder hin zu untersuchen, markiert einen weiteren Schritt zur Differenzierung von Ethnizität als wesentlicher Erklärungsfaktor für die Verortung von Außenpolitik im östlichen Europa.

Drittens müssen *Diasporagruppen* als potentieller Hebel politischer Intervention mehr ins Blickfeld der Forschung rücken. Ethnische Minderheiten, die jenseits des Staats leben, zu dem sie sich ethnisch bekennen oder von dem sie beansprucht werden, sind ein wichtiger Faktor für das Verhältnis von *nation-building* und Außenpolitik, der mehr Aufmerksamkeit benötigt. Bianka Pietrow-Ennker hat an anderer Stelle präzise erörtert, wie der vermeintliche „Schutz religiöser Minderheiten“ dem russischen Zarenreich dazu diene, Intervention von außen, beispielsweise für die orthodoxen Gruppen im Osmanischen Reich, zu legitimieren: ein imperiales Politikmuster, das von allen Imperien, ebenso vom Britischen Empire, immer wieder für weitere Expansionen genutzt wurde.¹¹

In der Folge machte die Sowjetunion die Annexion ehemaliger imperialer Randgebiete, wie beispielsweise Georgien, mit dem Verweis auf die dort lebenden orthodoxen Christen 1921 erneut zum Hauptanliegen kommunistischer Politik im russischen Bürgerkrieg. Das „Schüren, Ausnützen und Einfrieren ethnischer Konflikte“¹² haben wir 2014 bei der

¹⁰ PIETER JUDSON, Do Multiple Languages Mean a Multicultural Society? Nationalist „Frontiers“ in Rural Austria, 1880–1918, in: Understanding Multiculturalism. The Habsburg Central European Experience, hg. von JOHANNES FEICHTINGER / GARY COHEN, London 2014, S. 61–82.

¹¹ BIANKA PIETROW-ENNKER, Ein Reich mit Mission, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.05.2014, dort auch das folgende Zitat.

¹² Ebd.

Annexion der Krim und der konstanten Eskalation in der Ostukraine zugunsten der dort lebenden Russen beobachten müssen. Die vermeintliche Schutz-bedürftigkeit von Auslandsrussen hat Vladimir Putin 2013, ein Jahr vor der Annexion, offiziell zum Gegenstand auswärtiger Kulturpolitik gemacht und damit innenpolitisch den Zenit seiner Zustimmung erreicht, wie die russischen Umfragewerte im Beitrag Benno Ennkers zeigen. Mithin bündeln sich in der Thematik der Diasporagruppen die Kriterien von *imperial legacies*, Ethnizität und dem internationalen Kontext in besonderer Dichte.¹³

Dass Diasporagruppen das östliche Europa nicht nur mit seinen Nachbarn, sondern durch den Eisernen Vorhang hindurch auch mit der übrigen Welt verbunden, und dadurch zum Verbindungsglied zwischen innerem *nation-building* und äußerer Politik wurden, deutet dieser Band nur an. Kateryna Kobchenko führt in ihrem Beitrag über ukrainische Diasporagruppen überzeugend vor, warum es in Zukunft mehr darum gehen muss, Außenpolitik nicht nur als staatliche Angelegenheit, sondern auch als gesellschaftliches Politikmuster aufzufassen und entsprechend zu konzeptualisieren. Die ukrainische Exilgemeinde umfasste 1960 etwa zwei Millionen Menschen, während die Bevölkerung der sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine bei etwa 50 Millionen lag. Exilukrainier lebten primär in Nordamerika, Australien und Europa und waren in politischen und kulturellen Vereinen weltweit bestens organisiert und vernetzt. Parallel zu der von Moskau gelenkten Außenpolitik vermittelte diese transnationale ukrainische Exilgemeinde ihre Konzepte einer langfristigen Umwandlung der Sowjetrepublik in einen souveränen ukrainischen Nationalstaat medial durch den Eisernen Vorhang hindurch bis in die Ukraine hinein. Sendungen von Radio Liberty oder Voice of America konnten dort empfangen werden.

Eine aktive Außenpolitik unternahmen die Diaspora-Akteure auch, indem sie Bündnispartner im Westen suchten und fanden, worauf die UdSSR in ihrer Außen- und Innenpolitik reagieren musste. Die Herstellung und Ausstrahlung einer transnationalen Gegen-Außenpolitik seit den 1950er Jahren spielte für das *nation-building* während des Kalten Krieges eine Rolle, die erst jetzt zunehmend erkannt wird. Kobchenkos Analyse zeigt die Wirkmächtigkeit dieser Diaspora-Akteure und regt dazu

¹³ Zu Polen: Polish Americans and their History. Community, Culture, and Politics, hg. v. JOHN BUKOWCZYK, Pittsburgh 1996; Population Displacements in Lithuania in the 20th Century. Experiences, Identities, Legacies, hg. v. TOMAS BALKELIS / VIOLETA DAVOLIUTE, Leiden 2016.

an, sich mit dem Potential externer Akteure als wesentlichen Treibern innerer Nationsbildung – gerade jenseits des bekannten polnischen Falls – in Zukunft auseinanderzusetzen.

Neben Faktoren wie *imperial legacies*, Ethnizität und Diasporagruppen tritt, viertens, die Bedeutung des *internationalen Kontextes* als entscheidende Kategorie, um das Spannungsverhältnis zwischen *nation-building* und Außenpolitik bestimmen zu können. Welche Folgen spezifische internationale Umschlagpunkte für die Neuausrichtung der Innenpolitik haben können, hat Erez Manela für Asien und Afrika am Beispiel des „Wilsonian moment“ 1919 gezeigt. Die Rhetorik des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson von der „Selbstbestimmung aller Völker“ wirkte auf die Vorstellungswelt vieler Menschen auch in Asien und Afrika wie ein Fanal. Sie katalysierte die Entwicklung eines antikolonialen Nationalismus, den Manela in China, Korea, Indien und Ägypten nachzeichnet, wo nationale Feiertage bis heute an diesen Moment erinnern. Darüber hinaus führte die chronologische Gleichzeitigkeit dieser Bewegungen über große räumliche Distanz hinweg dazu, dass sich der Anspruch auf Selbstbestimmung zu einer globalen Strömung verdichtete.¹⁴

Solche Dynamiken lassen sich auch in Europa beobachten. So werden beispielsweise die Gründe für den Zerfall der Habsburgermonarchie vielschichtiger, berücksichtigt man den internationalen Kontext stärker. Die deutschsprachige Forschung hat die Auflösung des multiethnischen Reichs seit jeher primär als Folge ethnischer Konflikte innerhalb des Empires beschrieben. Marina Cataruzza hat hingegen jüngst argumentiert, dass sich mit dem Kriegseintritt die Handlungsräume des politisch Machbaren situativ erweiterten. Daher konnten nichtstaatliche Netzwerke von Intellektuellen und Journalisten in Großbritannien, Frankreich, Italien und der Schweiz den Prozess der Desintegration seit 1915 von außen gleichsam intellektuell mit vorbereiten, was ein neues Licht auf die Auflösung der Doppelmonarchie wirft.¹⁵

Solche Perspektiven hat auch die Osteuropäische Geschichte auf die Zäsur von 1917 angewandt.¹⁶ Doch während die Russische Oktoberrevo-

¹⁴ EREZ MANELA, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

¹⁵ MARINA CATTARUZZA, *Das Ende Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Akteure, Öffentlichkeit, Kontingenzen*, in: *Historische Zeitschrift* 308 (2019), H. 1, S. 81–106.

¹⁶ WARTEN RODNEY, *The Russian Revolution. A View from the Third World*, London 2018; *Circles of the Russian Revolution. Internal and International Consequences of the Year 1917 in Russia*, hg. v. ŁUKASZ ADAMSKI / BARTŁOMIEJ GAJOS, New York 2019.

lution oft als Katalysator folgender Revolutionen in Europa betrachtet wird, ist die Februarrevolution von 1917 in ihrem Schatten geblieben. Mit dem Fall der Romanov-Dynastie, der Demokratisierung politischer Herrschaft und dem Versuch, nationale Gleichberechtigung umzusetzen, schufen die Februarrevolutionäre indes ein Modell, das breite Ausstrahlungskraft im Osten Europas und darüber hinaus auch in den USA, in Indien und in Nordafrika hatte.¹⁷

Diese Beispiele zeigen bereits, wie häufig solche internationalen Umschlagmomente mit Kriegen und deren Ende zusammenfallen. Dieter Langewiesche hat uns neu dafür sensibilisiert, wie Homogenisierung nach innen sich im Krieg mit internationaler Politik gleichsam verklammerte. Die Beiträge dieses Bandes unterfüttern Langewiesches einleitende Hinweise durchgehend. Gerade in Ungarn wirkten sich die Ergebnisse der Pariser Friedensverhandlungen 1919–1921 maßgeblich auf die Gestaltung der Innenpolitik aus und leisteten revisionistischen Plänen Vorschub, die eine Rückkehr zum territorialen Umfang vor dem Krieg das Wort redeten. Als der Völkerbund sich mit Ungarns Grenzproblemen nicht beschäftigen wollte, rief Ministerpräsident Bethlen einen „neuen Kurs“ aus, knüpfte Kontakte zum faschistischen Italien und ging eine Allianz mit dem nationalsozialistischen Deutschland ein, dessen Angriffskrieg den Umfang des ungarischen Territoriums zwischen 1939 und 1941 verdoppelte.

Auch der sehr viel weniger bekannte Fall Rumäniens, den zwei Beiträge beleuchten, zeigt den internationalen Kontext als einen Faktor innenpolitischer Handlungsmuster auf. Die Mitgliedschaft im Völkerbund war für die Stabilisierung der neuen Grenzen Rumäniens eine wesentliche Grundlage. Auch die Unterzeichnung weiterer internationaler Verträge wie des Briand-Kellogg-Pakts 1928, der den Krieg als Mittel zwischenstaatlicher Konfliktlösung ächtete, sowie des Londoner Abkommens von 1933, das Aggression genau definierte, dienten der Stabilisierung der Grenzen Rumäniens. Doch eine einfache Gleichsetzung von außenpolitischer Integration in den Westen und innenpolitischer Stabilisierung geht in der Zwischenkriegszeit nicht auf, das zeigt der rumänische Fall ganz deutlich. Denn hier verhinderte die außenpolitische Integration keineswegs die gesellschaftliche und zunehmend auch rechtliche Ausgrenzung ethnischer Minderheiten, die rund 30 Prozent der Bevölkerung Rumäniens ausmachten.

¹⁷ Eine Ausnahme: DAVID STEVENSON, 1917, War, Peace, and Revolution, Oxford 2017.

Diese instrumentelle Beziehung zum Westen, die Mariana Hausleitner herausarbeitet, setzte sich nach 1945 weiter fort. Auch im Kalten Krieg diente die außenpolitische Neupositionierung Rumäniens vor allem innenpolitischen Wirtschaftspräferenzen. Eine vorsichtige Öffnung in Richtung Westen erbrachte die dringend benötigte Kredite für industrielle Großprojekte: Renault finanzierte den rumänischen Dacia und britische und deutsche Kreditinstitute investierten in rumänische Stahlwerke. Rumänien wurde 1971 Mitglied des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und des Internationalen Währungsfonds und verstärkte während dieser Phase der wirtschaftlichen Erholung und Autonomie die politische Abgrenzung zur Sowjetunion.

Die Situativität, die bereits im Falle von Ethnizität deutlich wurde, wird bei der Kategorie *außenpolitischer Kontext* erneut offensichtlich: Einfache Gleichungen von außenpolitischer Öffnung gegenüber dem Westen und innenpolitischer Rücksicht auf Minderheiten oder demokratische Vorstöße gehen nicht auf, weder in der Zwischenkriegszeit noch nach 1945. Der Annahme eines eindeutigen realpolitischen Verhaltens, das sich am allgemein erstrebenswerten Machtgewinn orientiert, widersprechen die hier vorgestellten Beispiele überwiegend. Außenpolitische Öffnung konnte wie in Rumänien aus wirtschaftlicher Utilität resultieren und wurde gleichzeitig von einer Politik ethnischer Homogenisierung durch die forcierte Auswanderung von Juden und Minderheiten begleitet. Das sind die ambivalenten „Realitäten“, die eine außenpolitische Positionierung mitbegründen.

Schließlich gilt es, fünftens, *Globalisierungsprozesse* als Kategorie einzuführen, mit der sich das Verhältnis von Außenpolitik und *nation-building* trennschärfer bestimmen und begründen lässt. Die Thematik globaler Verflechtung haben die einleitenden Texte ausgeklammert, weshalb auch die Beiträge – mit Ausnahme Pavel Kolárs – darauf nicht eingehen. Umso wichtiger erscheint es mir, die zentrale Bedeutung der Globalisierung, die sich nicht in einer kapitalistischen Verflechtung des Westens erschöpft, für die Leitfrage des Bandes herauszustellen. Was bedeuten Globalisierungsprozesse im Kontext des östlichen Europas und wo können globale Verbindungen das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik besser erklären als Analysen, welche die räumlichen Grenzen Osteuropas nicht verlassen?

Die Forschung zu Globalisierungsprozessen priorisiert häufig den Westen und operiert im Modus der Diffusion. Damit liegt die Gefahr nahe, Globalisierung als „cosmopolitan narrative on our terms“ (Drayton / Motadel) zu erzählen und genau die Geografie zu reproduzieren, die die

Globalgeschichte infrage stellen will.¹⁸ Die sozialistischen Staaten und Gesellschaften des 20. Jahrhunderts betrieben aber alternative Formen von Globalisierung und De-Globalisierung, die auf ihre Nationsbildungsprozesse im Inneren massiv zurückwirkten. Die sozialistische Welt machte auf dem Höhepunkt ihrer Ausdehnung um 1980 etwa ein Drittel der Weltbevölkerung aus. Ihre Formen globaler Außenpolitik gilt es daher mindestens ebenso zu verfolgen wie die europäischen Verflechtungen, um ihre jeweilige Wirkungen nach innen angemessen einschätzen zu können.

Pavel Kolář hat dazu einen ersten Aufschlag geliefert. Er thematisiert die Zuwendung der Tschechoslowakei zur „Dritten Welt“, so die Sprache der 1960er Jahre, die durch eine allgemeine Euphorie des Weltkommunismus vorangetrieben wurde. Verbindungen suchten tschechische Diplomaten mit revolutionären Regimen wie Äthiopien, Guinea oder Ghana aufzubauen. Im Nahen Osten, in Indonesien und Vietnam wurden neue Vertretungen gegründet, im Prager Außenministerium 1966 eine neue Sektion für sozialistische Staaten in Asien eröffnet. Eine ideologisch geleitete Außenpolitik, die Allianzen mit sozialistischen Staaten weltweit anstrebte, kombinierten die tschechischen Politiker mit ökonomischen Pragmatismus nach innen, für den die Waffenexporte nach Afrika beispielhaft sind. Auch für Jugoslawien waren die Beziehungen zu afrikanischen und asiatischen Ländern ein tragender Teil der Außenpolitik, welche nach innen Legitimation und Prestige versprach. Aus der Zwangslage, ein sozialistisches Land zu entwickeln, aber kein Satellit der Sowjetunion sein zu wollen, suchte Tito sich durch eine globale Allianz mit blockfreien Staaten des globalen Südens zu befreien.

Was Kolářs Beitrag nur andeuten kann, dem gilt es in Zukunft genauer nachzugehen. Die Wahrnehmung von Ähnlichkeiten, welche viele Staaten des „Ostblocks“ und der dekolonisierten „Dritten Welt“ teilten, förderte in den 1960er Jahren eine engere Kommunikation und Zusammenarbeit. Dies lässt sich sehr deutlich auch in der Sowjetunion verfolgen, wie ein neuer Band zu „Alternative Globalizations“ eindrucksvoll zeigt.¹⁹ Rapide ökonomische Entwicklung in Zentralasien und dem Kaukasus hatte die Sowjetunion zunächst als „showcases of Moscows commitment to equitable and meaningful developmental programs“²⁰ präsentiert. Spezialisten

¹⁸ RICHARD DRAYTON / DAVID MOTADEL, Discussion. The Futures of Global History, in: *Journal of Global History* 13 (2018), S. 1–21.

¹⁹ *Alternative Globalizations. Eastern Europe and the Postcolonial World*, hg. v. ARTEMY KALINOWSKY u. a., Bloomington 2020.

²⁰ Ebd., S. 10.

der Region bewarben die neuen Werkzeuge sozialer Mobilität und industrieller Erschließung gleichzeitig auch als geeignete Instrumente für die Modernisierung Südasiens oder Afrikas. Beispiele wie diese deuten nur an, wie sowjetische Versuche aussahen, innere Peripherien zu integrieren und gleichzeitig zum Hebel einer Außenpolitik zu machen, welche die globale Zusammenarbeit mit postkolonialen Gesellschaften befördern wollte. Solche alternativen Globalisierungen, die mit der westlichen verflochten waren, aber distinkt davon verliefen, gilt es auch deshalb zu rekonstruieren, weil die Akteure selber darin ein außenpolitisches Gegengewicht zur Globalisierung des Westens sahen, das auch nach innen wirken sollte.

Solchen Verbindungen nachzugehen, kann den Untersuchungsraum und die Erklärungsreichweite, welche die Leitfrage dieses Bandes aufspannt, über die Grenzen Osteuropas hinaus erweitern. Zugleich können solche Analysen auch der Globalgeschichte neue Anregungen für die dort geführte Diskussion liefern, Globalisierung nicht mehr mit Verwestlichung gleichzusetzen, sondern alternative Geografien des Globalen dort zu erkennen, wo sie stattfanden.

* * *

Imperial legacies, Ethnizität, internationaler Kontext, Diasporagruppen und schließlich Globalisierung: Fünf Begriffe, die ein Instrumentarium umschreiben, mit dem Historikerinnen und Historiker sich der Frage nach dem Verhältnis von Außenpolitik und *nation-building* annähern könnten. Keines dieser Kriterien ist spezifisch „osteuropäisch“ geprägt. Darin liegt auch ihr Vorteil, da sie dadurch internationale und globale Vergleiche erleichtern, wie *nation-building* und Außenpolitik aufeinander wirken. Weitere werden hinzutreten, einige mit intensiver Forschung vielleicht an Gewicht verlieren, aber diese fünf Kategorien umschreiben aus meiner Sicht derzeit Problemstellungen, die sich in unterschiedlichen Zusammensetzungen überall ergeben, oft auch überlagern und politische Konstellationen dann besonders erschweren, wie beispielsweise im Krim-Konflikt. Hier bündeln sich der russische Versuch einer *restitutio imperii* mit Ethnizität, externen Minderheiten, deren Schutz propagiert wird, und dem internationalen Kontext einer ausstrahlungsstarken Europäischen Union, die auch für die Ukraine immer attraktiver wird.

Die jüngste Entwicklung in der Ukraine wirft ein überdeutliches Schlaglicht auf die Relevanz der Frage, die dieser Band stellt. Auch für offene Fragen, die der Band aufwirft – beispielsweise das Verhältnis von

Ethnizität und Kommunismus im 20. Jahrhundert, die Manifestation von äußerer Politik auch als gesellschaftliche Praxis und schließlich die Rolle von Globalisierungsprozessen auf die äußere Positionierung – bieten diese fünf Kategorien eine handhabbare Grundlage künftiger Analysen. Alternative Globalisierungen zu der des Westens sind derzeit die Realität der Stunde. Eine international und global orientierte Osteuropawissenschaft kann dazu beitragen, sie besser zu verstehen.